



Antrag

der Fraktion der AfD

Steuerliche Förderung des Wohnungsbaus erweitern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass die bestehenden Möglichkeiten zur Förderung des Wohnungsbaus ausgeweitet werden. Hierzu gehört vorrangig der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zur steuerlichen Förderung des frei finanzierten Wohnungsbaus durch eine neue Sonderabschreibung.

Begründung:

In zahlreichen Ballungsräumen der Bundesrepublik Deutschland herrscht ein großer Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Dies betrifft in Schleswig-Holstein vorrangig die an Hamburg angrenzenden Kreise Pinneberg, Segeberg und Stormarn, die Stadtregionen von Kiel und Lübeck sowie die Nordseeinseln. Dieser seit Jahren sich verstärkende Trend verdeutlicht die Notwendigkeit politischer Maßnahmen, die den Wohnungsneubau umfassend fördern.

Es stellt vor diesem Hintergrund ein problematisches Signal dar, dass der Bundesrat in seiner Sitzung am 14.12.2018 den Gesetzesbeschluss zu Sonderabschreibungen beim Mietwohnungsneubau kurzfristig von der Tagesordnung abgesetzt hat und dieses Gesetzgebungsverfahren seitdem nicht abgeschlossen werden konnte. Die Möglichkeit für private Investoren, befristet über einen Zeitraum von vier Jahren jeweils fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten neu gebauter Wohnungen steuerlich geltend zu machen, ist dennoch möglichst zeitnah gesetzlich zu verankern.

Jörg Nobis und Fraktion